

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Geymann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Versandpreis.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Familienleben Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten wöchentlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Beirgerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatt auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermitteln.

Die Redaktion.

C. H. Berlin, 24. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordneter-Haus.

36. Sitzung vom 24. März.
Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: von Götter und Kommissar.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt und zwar mit dem Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“.

Zu dem Titel „Zur Remuneration von Hilfslehrern u.“ weist

Abg. K. R. (fr.) auf die geringe Besoldung der Hilfslehrer an den Seminaren hin und bittet den Kultusminister, sich dieser Lehrer anzunehmen und ihnen im nächsten Etat eine Verbesserung ihres Einkommens zu Theil werden zu lassen.

Bei dem Titel „Turnlehrer-Bildungswesen“ begrüßt Abg. Schenkendorf (nlt.) die Einrichtung der sog. Bewegungsspiele und spricht dem Minister seinen Dank dafür aus. Er verweist auf die am Gymnasium in Götting in dieser Beziehung bestehenden Einrichtungen, die geeignet seien, das Turnwesen in künftiger Weise zu fördern und empfiehlt dieselben zur Nachahmung.

Kultusminister v. Götter: Ich erwidere, daß die in Götting bestehenden Einrichtungen von ihm unterstützt würden, in sofern, als er die Aufmerksamkeit der Provinzial-Schul-Kollegien auf diese Einrichtungen hingelenkt und sie ermutigt habe, Lehrer dorthin zu senden, um die Technik kennen zu lernen. Die Durchführung einer solchen Einrichtung scheiterte indessen sehr häufig an dem Unwillen der Eltern, welche die Kinder zu häuslichen Arbeiten benutzten.

Abg. K. R. (fr.) stellt mit, daß der Bürgermeister in Berlin bei der letzten Wahl die Elementarlehrer aufgeführt habe, die Wahllisten aufzunehmen. Die meisten Lehrer hätten dies gethan, zwei indessen die Arbeit wegen anderweitiger amtlicher Beschäftigung die Sache abgelehnt. Dafür sei ihnen von dem Bürgermeister eine Mütze ertheilt worden, und als die Thatsache in der Lehrerzeitung mitgeteilt, seien die Lehrer erst vom Bürgermeister und demnach von der Schulinspektionsbehörde vernommen worden, ob sie Verfasser dieses Artikels seien. Redner befreit dem Bürgermeister das Recht zu einem solchen Verfahren gegen die Lehrer, da er nicht die Disziplinarbehörde der Lehrer sei.

Kultusminister v. Götter: Ich kenne diese Angelegenheit gar nicht, höre vielmehr heute zum ersten Male davon. Die Gemeindeführer sind verpflichtet, die Wahllisten aufzustellen und ich kann nur wünschen, daß die Lehrer mit ihrer Intelligenz dabei behülflich sind. Im Uebrigen aber steht fest, daß der Bürgermeister keine Disziplinarbehörde für die Lehrer sei.

Bei dem Titel „Schulaufsicht“ wiederholt Abg. J. H. (nlt.) seine vorjährigen Klagen über den Kreis-Schulinspektor Stegemann in Schleswig und beklagt, daß keine Abhilfe geschehen sei. Er bemängelt die vorjährigen Reisen des Ministers in Schleswig-Holstein und theilt verschiedene Fälle von angeblichen Germanisirungsversuchen mit, namentlich eines Predigers in Wenden, der soweit gegangen sei, eine Frau zu schlagen und zu kränken, wofür ihm noch eine Belohnung in klingender Münze zu Theil geworden sei.

Kultusminister v. Götter: Ich ergehe nur das Wort, um zu erklären, daß die letzte Mittheilung des Vorredners völlig unrichtig ist. Der betreffende Prediger hat nicht einen Pfennig bekommen, wohl aber habe ich ihm ein Anerkennungsdiplom geschickt, weil er bei dem unerhörten Druck der dänischen Propaganda in Nord-Schleswig den Muth gehabt hat, seinen Landsleuten die Wahrheit zu sagen. Das Vaterland der Apenniner ist Deutschland und nicht Dänemark. Was nun meine Reisen anbetrifft, so bitte ich Sie, lassen Sie doch solche Aufzählungen. Die Reise galt den Kunst-Denkmalern in Schleswig-Holstein, die kennen zu lernen meine Aufgabe war. Kommen Sie also nicht mit solchen „Alle Kamellen“. (Heiterkeit.)

Abg. J. H. (nlt.) betont die Nothwendigkeit des deutschen Unterrichts und bezieht es als Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung Nord-Schleswigs deutsch werde. Er verweist darauf, daß der Abg. J. H. im vorigen Jahre dem Könige von Preußen den Eid der Treue geschworen habe und glaubt, daß sein Verhalten hier im Hause weber mit der Stellung eines preussischen Abgeordneten, noch mit seinem geleisteten Eide vereinbar sei. (Weifall.)

Abg. Dr. Mosler (Ztr.) führt Klage über die Imparität, die darin bestehe, daß man den evangelischen Geistlichen die Schulaufsicht gelassen habe, den katholischen Geistlichen dagegen nicht. Dies beweise, daß das Schulaufsichtsgesetz gemacht sei und gehandhabt werde gegen die Katholiken. Die früher bestandene geistliche Schulaufsicht habe der Schule nicht geschadet, der Geistliche sei auch das natürliche und berechnete Organ für diese Aufsicht. Selbst die Aufsicht über den Religionsunterricht sei vielen Geistlichen entzogen und dies sei einfach eine Konfiskation eines unveräußerlichen Rechts. Der katholische Geistliche werde von seinem Bischof bei der Einführung in sein Amt darauf hingewiesen, daß es seine Aufgabe sei, zu lehren. Dieses Lehren finde aber nicht bloß auf der Kanzel gegenüber den Gläubigen, sondern namentlich auch in der Schule statt und der politische Satz: Wenn die Jugend gehört, dem gehöre die Zukunft, gelte auch für die Religion und deshalb müßten die Geistlichen die volle Freiheit des Religionsunterrichts haben. Merkwürdiger Weise existierten seit vielen Jahren drei ant-katholische Geistliche als Schulaufsichtoren.

Abg. J. H. (nlt.) bittet um Beilegung der gleichen Imparität in der Provinz Sachsen.

Kultusminister v. Götter: Ich erwidere, daß seit dem Jahre 1881 die katholische Schulaufsicht wesentlich verändert habe. Durch die Regelung der Angelegenheit sei auch das Lokal-Schulaufsichtswesen geregelt und seien in der Rheinprovinz 3. B. an 308 Schulen katholische Geistliche mit der Schulaufsicht betraut. Dies zeige gegen früher einen ganz außerordentlichen Fortschritt. Das Vorgehen der Unterrichtsverwaltung den katholischen Geistlichen gegenüber sei ein sehr vertrauensvolles.

Abg. Dr. Windhorst (Ztr.): Gerade der Umstand, daß den Evangelischen ungestört gelassen ist, was wir hier verlangen, beweist, daß gegen uns die Parität nicht gelöst wird. Wir verlangen, daß an alle Regierungen eine General-Vereinbarung erlassen wird, daß den Geistlichen ohne Weiteres der Religions-Unterricht völlig freigegeben wird. Dies ist eine Maßregel, welche den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts entspricht. Die Leute aus dem Lande verlangen, daß die Lokal-Schulaufsicht für Pastor führe. Es muß der alte Zustand wieder hergestellt werden, unter dem Preußen in Deutschland seine Stellung errungen hat und wenn diesem unseren Verlangen Folge gegeben wird, dann wird auch die Bewegung auf dem Schulgebiete ein Ende nehmen. Die ganze Volksschule hängt notwendig von der religiösen Erziehung ab und ein gerechter Vorwurf gegen unsere Volksschulen ist, daß man es in denselben an der religiösen Erziehung fehlen läßt.

Kultusminister v. Götter: In allen Fällen, wo die Regierung die Ueberzeugung hat, daß der Pastor die Interessen der Schule in unserem Sinne wahrnehmen wird, da wird ihm die Aufsicht übertragen. Hiernach ist in Westfalen fast ausnahmsweise den katholischen Geistlichen die Aufsicht übertragen. In großen Zentren ist es ganz unmöglich, daß eine Lokal-Schulaufsicht auf einem Geistlichen ausgebaut wird. Es wäre wünschenswert, wenn das Aufwerfen prinzipieller Fragen gegenwärtig unterbleibe und die Bitte, der Provinzialpresse anheimzugeben, die Maßregeln der Regierung nicht fortwährend absollig zu kritisieren.

Abg. R. (fr.) kommt auf die Verfügung der Regierung zu Magdeburg, den die selben an die Lehrer gerichtet hat, zurück und worin den Lehrern wegen feindseliger Haltung gegen die Regierung mit Entlassung gedroht wird. Der Minister habe auf seine Anregung bei der kürzlich stattgehabten Verhandlung dieser Sache erklärt, die Verfügung der königlichen Regierung zu Magdeburg enthalte nichts weiter, als was der allerhöchste Erlaß von dem Jahre 1882 von den Beamten verlange. Dieser Erlaß ist nun von dem Reichskanzler Fürsten Bismarck gegenzeichnet, welcher über denselben im Reichstage eine authentische Interpretation gegeben hat. Dieser Interpretation widerstreit die Verfügung entschieden und ich muß dieselbe als eine völlig gegenwärtige bezeichnen, deren Aufhebung so bald als möglich erfolgen muß.

Kultusminister v. Götter: Ich bin bei meiner früheren Erklärung wohl etwas unvollständig gewesen. Ich habe damals ausdrücklich gesagt, daß die Regierung in keiner Weise beabsichtige, etwas Anderes anzupredigen, als was in dem allerhöchsten Erlaß von 1882 enthalten ist. Die Regierung zu Magdeburg ist deshalb von mir angewiesen worden, ihre Verfügung ausdrücklich dahin zu beklären. Dies ist am 8. Februar d. J. geschehen und ich bin überzeugt, die Regierung ist dieser Anweisung nachgekommen und es ist jetzt Frieden im Lande. Herr R. (fr.) hat angeregt, ich habe befohlen und die Regierung wird gehorchen. (Weifall.)

Abg. J. H. (nlt.) erklärt seinem Landsmann Jürgensen gegenüber, daß er zu denjenigen Schleswigern gehöre, die den Eid hoch halten. Dem Kultusminister erwidere er, daß der betreffende Prediger für die Veröffentlichung einer

antidänischen Streichzeit 300 Mark Gratifikation erhalten habe.

Zu dem Titel „Zu Beihilfen an Schullehrer“ erwidert der Kultusminister, daß die Beihilfen wegen Unvermögens für das Stelken-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen bezieht es.

Abg. Dr. V. (Ztr.) (fr.) als eine Förderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß die Gehaltsaufbesserung der Lehrer und Lehrerinnen nach einer bestimmten Dienstzeit möglichst gleichmäßig geregelt werde und nicht, er deshalb die Bitte an den Minister, seinen Einfluß auf die Gemeinden nach dieser Richtung hin geltend zu machen.

Abg. Dr. W. (Ztr.) stimmt dem Vorredner bei, wünscht aber bei Verteilung der Beihilfen aus diesem Fonds in die Disposition der Unterrichtsverwaltung gestellt sei, welche sich dadurch in einer schwierigen Lage befinde. Er habe sich in Folge dessen manche Beschränkung auferlegt und bei der Bemessung der Zuschüsse die größte Vorsicht walten lassen. Er werde aber nach Erfüllung des gegenwärtigen Etats auch in den Städten mit über 10,000 Einwohnern eine Prüfung des Bedürfnisses vornehmen lassen und den Gemeinden zur Pflicht machen, die Zuschüsse zu Alterszulagen zu verwenden.

Abg. Seffardt-Magdeburg (nlt.): Das Haus sei stets der Ansicht gewesen, daß die Staatsregierung bisher richtig verfahren sei und er könne nicht begreifen, weshalb man das bisherige bewährte System verlassen wolle. Namentlich bitte er, den Unterschied bezüglich der Städte von über 10,000 Einwohnern fallen zu lassen. Im ganzen Lande sei der Muth verbreitet, daß auch die Lehrer in Städten von über 10,000 Einwohnern Alterszulagen erhalten müßten.

Kultusminister v. Götter: Die Regierung sei bei der Verteilung stets den Intentionen des Hauses gefolgt. Die Hauptsache sei doch die, daß die Lehrer, die es brauchen, die notwendigen Alterszulagen erhalten.

Abg. M. (Z.) führt darüber Klage, daß den Volksschullehrern in München-Gladbach die ihnen früher gewährte Alterszulage im Jahre 1889 wieder entzogen sei.

Abg. Dr. Langerhans (fr.) beklagt, wenn durch eine Änderung des bisherigen Verfahrens Ungerechtigkeiten herbeigeführt werden sollten.

Bei dem Titel „Zu Unterstützungen für ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen“ bemerkt Abg. K. R. (fr.), daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung von verschiedenen Bezirksregierungen die Summen nicht doll zur Auszahlung gekommen seien, weil die betr. Herren, die darüber zu verfügen hätten, das Bedürfnis nicht überall anerkannt hätten.

Kultusminister v. Götter: Alle Beschwerden, welche an die Zentralstelle gelangen, werden einer wohlwollenden Prüfung unterworfen.

Die einzelnen Titel werden darauf bewilligt. Bei dem Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ befragt

Abg. von Meyer-Kruswalde (nlt.), daß die Ausgaben für Kunstwerke nicht im Verhältnis ständen zu der allgemeinen Erhöhung des Etats, gibt aber andererseits zu, daß manche von ihm bei der vorjährigen Etatsberatung gegebene Anregung Erfolg gehabt habe. Verschiedene Positionen des Etats seien seit dem Jahre 1874 unverändert. Bei dem Fonds: Zur Vermehrung und Unterhaltung der Sammlungen sei die Provinz Pommern am allergeringsten bedacht und die Rheinländer sollten die Anwendung des Wasserlochs für Berlin einfach der Provinz Pommern überlassen. Außerdem wünscht Redner, daß der Reichstag dem Kaiser einen Dispositionsfonds bewilligen möchte zur Förderung monumentaler Bauten in ganz Deutschland.

Abg. Seffardt-Magdeburg wünscht, daß die Museen an Stunden geöffnet werden müßten, in denen sie auch von den kleinen Leuten und Arbeitern besucht werden könnten. Dazu gehöre namentlich die Eröffnung der Museen an den Sonntagen.

Abg. Viesenhach (Ztr.) befragt die außerordentliche Ausstattung der Positionen des Etats zur Förderung der Malerei, speziell für die Staatseinkaufsleiter. Die Leiden der Kunst könne der Minister wesentlich mildern, wenn er auf eine Aufhebung des „barbarischen“ Zolles hinwirken möchte, den Amerika auf die Einfuhr von Gemälden gelegt habe.

Abg. G. (fr.) bittet um Einrichtung der elektrischen Beleuchtung für die Museen, damit dieselben auch des Abends dem Besuche geöffnet werden könnten.

Kultusminister v. Götter: Ich bin den Vorrednern für die gegebenen Anregungen dankbar; wenn es von ihm allein abhängt, so hätte er noch erhebliche Wünsche selbst. Was die elektrische Beleuchtung der Museen anlangt, so müsse man bedenken, daß mit der Einführung des elektrischen Lichts und längerer Offenhaltung der Museen zugleich eine Vermehrung des Beamtenpersonals erforderlich wird. Machen Sie sich die Sache allerdings. Was die Aufhebung des amerikanischen Zolles anlangt, so habe er sich deshalb bereits wiederholt bemüht. Aber sein Einfluß auf das amerikanische Parlament sei nur gering. Die Klagen über die bürgerliche Ausstattung der Malerei könne er gewissermaßen als gerechtfertigt anerkennen, in einer weit größeren Nothlage aber befände sich die Bildhauerei.

Abg. v. Heereman (Ztr.) erklärt sich gegen eine elektrische Beleuchtung der Museen, die den gewünschten Zweck nicht erreichen würde. Man würde die Kunst weit besser fördern, wenn man die Summen, welche eine solche Beleuchtung erfordern, den Provinzen als Zuschüsse zuwendete.

Abg. Graf von Limburg-Sturum (nlt.) hat ebenfalls erhebliche Bedenken gegen die elektrische Beleuchtung der Museen.

Abg. G. (fr.) erwidert darauf, daß gerade alte Bilder sich bei elektrischer Beleuchtung sehr gut repräsentierten. Redner verweist sodann auf die Bedeutung des Studiums der Naturformen für das Kunstgewerbe.

Kultusminister v. Götter: Ich erkläre auf die letztere Anregung, daß die Sache sich bereits in der Prüfung befinde.

Abg. J. (fr.) befürwortet eine Gleich-

stellung der Bureaubeamten des Kunstgewerbemuseums mit den Bureaubeamten der Museen.

Es werden noch einige Positionen erledigt. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. März. Der Kaiser befehlet heute Mittag in Begleitung des Prinzen von Wales die Kaiserin des ersten Garde-Dräger-Regiments (Königin von Großbritannien und Irland) in der Belle-Alliancestraße. Vom Regiments-Kommandeur, Oberstleutnant v. Rege, und dem gesammelten Offizierskorps empfangen, begaben sich die hohen Gäste nach dem Kaiserhofe, woselbst ein Vorreiten in drei Abtheilungen stattfand. Zuerst wurden von Unteroffizieren die Rekonnten vorgeritten, dann ritt eine Abtheilung ältere Leute und zuletzt Rekruten.

Der Kaiser sowohl wie der Prinz von Wales nahmen wiederholt Veranlassung, dem Kommandeur ihre Zufriedenheit auszusprechen. Nach halbständigem Exerzium begann das Dejeuner in dem Offizierskasino. Drei längstafeln waren hier gedeckt, besetzt mit kostbaren goldenen und silbernen Prunkgeräthen, unter diesen die vom Rittmeister Grafen Dohna errungenen Ehrenpreise. Der Kaiser saß unter dem Bilde Kaiser Wilhelms I., vor ihm stand das prunkvolle Geschütz der Königin Viktoria, die große vergoldete Schale, mit Rosen und Weiden gefüllt. Neben dem Kaiser nahmen der Prinz von Wales und der Großherzog von Hessen Platz; ihnen gegenüber saß der Kommandeur. Außer dem Kommandeur General des Gardekorps, General v. Meerfeldt-Hillebrand, und dem Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, Generalleutnant v. Berken, waren zu dem Frühstück noch geladen Prinz Georg von Großbritannien, der großbritannische Botschafter Sir Edward Malet mit dem gesammelten Personal der Botschaft, Graf Herbert Bismarck, Graf Waldersee, der Kriegsminister, der General der Infanterie von Zeigendorf, die Generaladjutanten von Hagale und v. Wittich u. Das Menu bestand aus: Bouillabaisse mit Ei in Tassen, kleinen Pasteten mit Austern, Moskabeef garnirt, Hummern kalt mit Remouladensoße, Penfoule mit Salat, Baumkuchen mit Kompot, Käsestangen, Kaffee.

Während der Tafel erhob sich der Kaiser und dankte in warmen Worten der Königin von Großbritannien und Irland für die Ehre, welche sie dem Regiment erwiesen habe, als sie die Chefstelle des Regiments aus seinen Händen angenommen. Der Kaiser gedachte sodann des heutigen Tages, an welchem die Königin sich an der Gesundheit ankündete; er wünschte derselben, daß sie seine Kränklichkeit finden möge, damit sie noch lange ihre weise Regierung fortsetze und Chef ihres Dräger-Regiments bleibe. In dieser Hoffnung und in der Zuversicht, daß die englische und die deutsche Flagge stets zum Segen und als ein Friedenszeichen der Erde und ihrer Völker wehen möge, forderte der Kaiser die Anwesenden auf, einzustimmen in den Ruf: „Ihre Majestät die Königin Viktoria lebe hoch!“

Begeistert stimmte die Versammlung ein, und die Musik intonierte das „God save the Queen“.

Um 2 1/2 Uhr nach Aufhebung der Frühstückstafel begaben sich der Kaiser und die Prinzen von England an der Spitze des 1. Garde-Dräger-Regiments nach dem Tempelhofer Felde, woselbst eine Gefechtsübung der Berliner Garnison stattfinden sollte.

Einer hiesigen Korrespondenz zufolge be-
ginnt die Arbeiterkonferenz am Mittwoch wieder im Plenum zu berathen.

Vor der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 22. März fand eine längere Vorstandssitzung statt, in der auch der neuerdings wieder aufgenommene Plan einer deutschen Industrie-Ausstellung in Berlin zur Beratung gelangte. Uebereinstimmend war man der Meinung, daß die sehr hohen Kosten, die den ausstellenden Hüttenwerken und Maschinenbauanstalten durch eine solche Ausstellung erwachsen, wenigstens für die genannten Branchen außer allem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stünden und daß auch gegenwärtig keine Veranlassung vorhanden sei, die bisher beobachtete ablehnende Stellung zu verlassen.

Die „Neue Pr. Ztg.“ schreibt: Graf Wilhelm Bismarck, Regierungs-Präsident von Hannover, wird, wie man hört, ebenfalls seine Entlassung nachsuchen. — Dem Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Herbert Bismarck ist, dem Vernehmen nach, der ungeschickte Abschied bewilligt worden.

Die Budgetkommission genehmigte gestern weiter die Forderungen für die Nebenbahnen unverändert bis zu Ende.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. März. Belgrader Berichte signalisiren den unmittelbar bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien. Den Anlaß dazu bietet die belagerte Affäre mit den macedonischen Jagungen, deren Abreise aus Belgrad der bulgarische Vertreter Mischewitsch gefordert hatte. Die Affäre schien abgeschlossen, wurde jedoch neuerdings von serbischer Seite wieder aufgegriffen und aufgekauft. Ueberhaupt gehen von Belgrad abermals mehrfache Gerüchte und Herrensorderungen gegen Bulgarien aus.

Frankreich.

Paris, 22. März. In den Schlachthäusern von Paris herrscht große Erregung. 80 Waggons mit zerlegtem Fleisch konnten wegen des Widerstandes der Metzger nicht ausgeladen werden. Da bei der hochgradigen Erhitzung der letzteren, welche die Einfuhr geschlachteten fremden Fleisches nicht länger dulden wollen, Anstrengungen erwartet werden, ist ein besonderer Polizeidiens eingerichtet worden. Heute Morgen begab sich eine Abordnung der Metzger zum Ackerbauminister, um wegen des Verbotes der Einfuhr deutschen lebenden Viehes vorstellig zu werden. Da die ihnen gegebene Antwort sie nicht befriedigte, rodeten sich 200 bis 300 Metzger zusammen mit der Absicht, vor die Kammer zu ziehen. Die Polizei gestattete jedoch nur zwölf Vertretern, darunter der Stadtrath Paulard, den Durchgang zum Palais Bourbon. In der Kammer empfing sie der Deputirte für Dijon, Bignon-Vert; nachdem er der Abordnung versprochen, ihre An-

gelegenheit dem Minister zu unterbreiten, zog sie sich zurück.

Italien.

Rom, 22. März. Die rasche und glatte Lösung der Kanzerfrage, die Erklärungen des Kaisers und der deutschen Mächte beruhigen und befriedigen hier allgemein. „Capitan Fracassa“ bemerkt, obgleich über die Fortdauer der bisherigen auswärtigen Politik Deutschlands kein Zweifel möglich genen sei, gereiche es doch angeht die französischen und englischen Mächte, welche eine Wendung prophezeien, dem jungen Kaiser zum Lobe, daß er schlieunigt allen Argwohn über seine Absichten zerstreute. Die schnelle ausdrückliche kaiserliche Erklärung sei ein wohlgebrachter kalter Wasserstrahl auf die heißen Köpfe der Gallier in Frankreich und Italien, welche sich beizien, dem Dreieinde ein Tobenlied zu singen.

„Riforma“ ist überzeugt, wenn die europäische Lage nicht im Ganzen sehr befriedigend gewesen wäre, würden der Kaiser wie der Kaiser einen glücklichen Augenblick zur Trennung abgewartet haben. Unter den heutigen Verhältnissen könne Deutschland bei Zeiten des noch rüstigen Kaiser Bismarck den Versuch mit einer neuen Regierung in aller Ruhe machen und das Ausland ihn mit gleicher Ruhe ansehen. Alle Welt müsse diesem Versuche den glücklichen Erfolg wünschen, da Deutschlands inneres Gedeihen die Sicherheit Europas nur fördern und den wohlthätigen Einfluß des großen mächtigen Reiches auf die allge-
meine Lage nur mehren könne.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. März. Zum Benefiz für Frau Lina Ved, das geschätzte Mitglied unserer Oper, kommt heute, Dienstag, im Stadt-Theater die Mehlwerber'sche Oper „Die Affaire“ zur Aufführung und wäre im Interesse der beliebten Sängerin ein volles Haus zu wünschen. Mozarts Oper „Die Hochzeit des Figaro“ wird morgen, Mittwoch, gegeben und geht derselben die 24. Aufführung der „Puppenfee“ voran. Das Arrangierte Lustspiel „Wohlthätige Frauen“ kommt heute, Dienstag, im Bellevue-Theater zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.) zur Aufführung.

In der Woche vom 9. bis 15. März kamen im Regiments-Bezirk Stettin 127 Erkrankungs- und 33 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor. Am stärksten zeigte sich wiederum Diphtherie, woran 80 Erkrankungs- und 24 Todesfälle zu verzeichnen sind, davon 23 Erkrankungs- (5 Todesfälle) im Kreise Randow, 17 Erkrankungs- (9 Todesfälle) in Stettin, und 15 Erkrankungs- (3 Todesfälle) im Kreise Demmin. Sodann folgt Scharrlach mit 25 Erkrankungs- (8 Todesfälle), davon 9 im Kreise Randow und 1 Erkrankungs- (3 Todesfälle) in Stettin. An Darm-Typhus erkrankten 16 Personen (1 Todesfall), davon 1 Person in Stettin, an Mästen und Röteln erkrankten 4 Personen und an Kindstieber 2 Personen in Stettin. Im Kreise Ueckermünde kam kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

Stettin.

Stettin, 25. März. Die Vorlesungen über „Zivilprozeß“ werden im nächsten Semester durch Professor Dr. E. S. m. a. n. n., die anderen von dem ordentlichen Professor der Rechte Dr. Fischer für das Sommersemester angekündigten Vorlesungen (Erbrecht, Pandektenkomparativum und preussisches Landrecht) werden von seinem noch vor Beginn des Semesters zu ernennenden Nachfolger abgehalten werden.

2. Greifenberg i. P., 23. März. Durch die Schloßfreiheit - Lotterie sind auch 2 hiesige Handwerker begünstigt worden, denn das Loos, an welchem dieselben mit 1/2 theilhaftig sind, wurde in der 1. Ziehung mit 20,000 M. gezogen. — Zwischen der Bauaufsichtsbehörde und dem Bauunternehmer, der die neuen Gassen im Kreise erbaut, sind Meinungsverschiedenheiten über die Güte der erbauten Straßen und deren Ausführung vorhanden, deren Untersuchung im Laufe dieser Woche durch einen höheren Baubeamten der königl. Regierung zu Stettin erfolgen soll, um festzustellen, welche Mängel etwa vorhanden sind und der Abnahme der Straßen entgegenstehen.

Der Geburtstag Sr. Majestät des hochseligen Kaisers Wilhelm I. wurde gestern von den Herren Offizieren der Reserve und Landwehr durch ein Festessen im Hotel Riple festlich begangen, wogu sich die Theilnehmer in Uniform eingefunden hatten. Der Kriegerverein beging diesen Tag ebenfalls durch eine Festlichkeit im Saale des Schützenhauses auf der Otoschke damit, daß, nachdem dieses Tages in patriotischer Weise durch den Vorsitzenden in einer Ansprache an die Kameraden gedacht, für diese und ihre Familien ein Ball stattfand. Die Herren Offiziere besuchten später insgesammt den Kriegerverein und verweilten dort längere Zeit, sich zum Theil auch an dem stattfindenden Vergnügen betheiligend.

3. Tempelburg, 23. März. Die Befürworter aus der Umgebung beabsichtigen in unserer Nachbarnstadt Falkenburg eine Molkerei-Gesellschaft zu begründen und laden das Komitee, bestehend aus den Herren Günther, von Knebel, Oberberg-Jülichagen, von Schmitzow-Draheim, Schröder und von Jodow-Altmowrow, zur Theilnahme, sowie zu der konstituierenden Versammlung auf Donnerstag, den 27. März d. J., Nachmittags 5 Uhr, in Block's Hotel in Falkenburg ein. Für die in der Gegend von Tempelburg und Dramburg liegenden Molkereien ist Bahnantransport in Aussicht genommen und gewinnt es den Anschein, als ob das Zustandekommen der Gesellschaft mit dem Sitz in Falkenburg, welches in der Mitte zwischen Tempelburg und Dramburg gelegen ist, keine Schwierigkeiten bieten wird. Wenigstens seltener, so finden sich doch noch hin und wieder Spuren, die an die Schuldenszeit des siebenjährigen Krieges, als die feindlichen russischen Heere unsere Vorhaben im lieben Pommernlande bebrängten — die von den Alten sogenannte Russenteufel, deren viel mit Schauern gedachten — erinnern. So z. B. fand Schreiber dieses vor Kurzem im Besitz der Frau Desjager-Wittke Meißner zu Neu-Deinow einen alterthümlichen Tisch mit großer Lindenholzplatte, welche noch jetzt 4 Zentimeter stark, 1,85 Meter lang und 80 Zentimeter breit ist, obgleich dieselbe durch den Hobel im Laufe der Zeit verloren hat. Auffällig an sich find in der Tischplatte verschiedene hineingebrannte Stellen und erklärte Frau Meißner, über diesen Gegenstand befragt,

